

Pressemitteilung

Solar? Na klar! - PFF Lindau beteiligt sich an der bundesweiten Aktionswoche

„Menschensonne“ am 19. Juni 2020 vor dem Alten Rathaus

Der mit etwa einem Drittel größte Anteil der CO₂-Emissionen in Deutschland (313 Millionen Tonnen in 2017) wird im Energiesektor erzeugt. Ende 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet und der Kohleausstieg sollte spätestens bis 2030 erfolgt sein. Bisher ist unklar, wie die entstehende Stromlücke geschlossen werden soll. Obwohl der Bedarf an Strom nicht zuletzt durch E-Mobilität in Zukunft weiter steigen wird, bremst die Bundesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien. Größtes Hindernis in Bezug auf Solarstrom ist der sogenannte „Solardeckel“. Demnach erlischt der Vergütungsanspruch nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wenn das Gesamtausbauziel von 52 Gigawatt installierter Leistung von Solaranlagen deutschlandweit erreicht ist. Dies wird im Juli diesen Jahres der Fall sein. Obwohl der Bundestag am 18.6. endlich beschlossen hat, den Solardeckel aufzuheben, besteht ein hoher Zeitdruck. Denn der Beschluss wird erst nach dem Einreichen eines entsprechenden Gesetzentwurfes und der Bestätigung durch den Bundesrat wirksam. Vor diesem Hintergrund haben Parents For Future Deutschland vom 18.6. bis 26.6. zur bundesweiten Aktionswoche aufgerufen - auch Lindau macht mit. Hier haben sich am 19.6. Aktivisten verschiedener Organisationen vor dem Alten Rathaus versammelt und unter dem Motto „Solar? Na klar!“ eine „Menschensonne“ gebildet.

Während Photovoltaik boomt, sind deutsche Hersteller entsprechender Anlagen – einst eine hoffnungsvolle Branche – beinahe vollständig vom Markt verdrängt. Einer der Hauptgründe ist die Beschneidung von Wachstumschancen der deutschen Spezialisten hierzulande durch bürokratische und künstliche ökonomische Hürden sowie mangelhafte Ausbauziele. Der Umgang mit Solarstrom ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Deutschland durch lobbyistische Bestandssicherung eine wirtschaftlich relevante Marktbeteiligung an zukunftsfähigen Technologien verbaut. Denn auch wenn die nun im Eiltempo zu vollziehende Abschaffung des Solardeckels ein später, aber wichtiger Teilerfolg wäre, müssen auf Bundesebene noch viele weitere Maßnahmen getroffen werden, um den dringend benötigten Ausbau von Solarstrom voranzutreiben. Die derzeit noch fällige EEG-Umlage für Eigenversorgung muss abgeschafft und die Vergütung von Solarstrom mit einem festen Marktpreis und Umweltbonus vereinheitlicht werden. Es muss die Direktvermarktung ohne technischen Umbau ermöglicht werden sowie ein Bürokratieabbau für das Handling von kleinen Balkonanlagen stattfinden.

Ungeachtet der generellen politischen Notwendigkeiten gilt es auch lokal Solarstrom weiter auszubauen. Auch wenn die Bilanz des kürzlich vorgelegten Energieberichts des Landkreises Lindau eine positive Tendenz aufweist, wird noch viel Solarpotential verschenkt. Deshalb beinhalten die lokalen Forderungen von Fridays For Future den Bau von Solarstromanlagen auf und an allen öffentlichen Gebäuden und Strukturen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen im März wurden die Stadtratsfraktionen und OB-Kandidaten gefragt, ob Neubauten generell Plusenergiehäuser werden (dabei ist die Nutzung von Photovoltaik und ggf. Solarthermie auf den Dächern verpflichtend) und Bestandsimmobilien je nach Eignung mit Photovoltaikanlagen bestückt werden sollten. Dazu gab es breite Zustimmung seitens BL, FB, ÖDP und SPD sowie von allen OB-Kandidaten bis auf Matthias Hotz, der jedoch ebenfalls die generelle bestmögliche Installation von Solarmodulen guthieß. Nun gilt es also den Worten Taten folgen zu lassen und entsprechende Vorgaben verpflichtend einzuführen!